

Das HRG ist keine Mini-Novelle, wie manche uns Glauben machen möchten. Die Novelle ist vielmehr ein groß angelegter Angriff auf Chancengleichheit, Mitbestimmung, Demokratie und Wissenschaftsfreiheit. Es geht hier nicht um kleine Korrekturen nach neun Jahren Probelauf des alten HRG. Es geht um die Rückkehr zur Ordinarien-Universität der 50er Jahre und es geht gleichzeitig darum, die Hochschulen stromlinienförmig in die wiederentdeckte Wirtschaftsform des Manchester-Liberalismus und in die Ellenbogen-gesellschaft einzupassen.

Die SPD hat die HRG-Pläne der Wende-Regierung von Anfang an abgelehnt. Wir haben dies nicht getan, weil wir das geltende HRG für das Beste aller hochschulpolitischen Konzepte hielten, sondern weil wir es für verhängnisvoll halten, wenn auch noch diese zarten Reformansätze erstickt werden.

- Wir wenden uns gegen ein Hochschulrahmengesetz, das Elitestudiengänge und Steilkurse schaffen will und auf die drängenden Fragen nach den Studienbedingungen für die Masse der Studenten keine Antwort gibt.
- Wir wenden uns gegen ein HRG, das hochbesoldete Professoren zu Unternehmensberatern für die private Wirtschaft macht, die keinerlei Kontrolle durch die Gruppen in den Hochschulen unterliegen.
- Wir wenden uns gegen ein HRG, das die Hochschulen zu Forschungslabors der Industrie macht, deren Interessen künftig Forschung und Lehre bestimmen sollen.
- Wir wenden uns gegen ein HRG, das neue Abhängigkeiten für den wissenschaftlichen Nachwuchs bedeutet, ohne daß dadurch eine einzige zusätzliche Stelle geschaffen würde.
- Wir wenden uns gegen ein HRG, das den Hochschullehrern noch mehr Macht in der Hochschule einräumt und dadurch die Mitbestimmung für Studenten und wissenschaftliche beziehungsweise nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter aushebelt.
- Wir wenden uns gegen ein HRG, das die Hochschulleitung durch konservative Professorenmehrheiten bestimmen will und damit demokratische Wahlen zur Farce machen wird.
- Wir wenden uns gegen ein HRG, das die Gesamthochschulen streicht und die Fachhochschulen von der Entwicklung abkoppeln will, obwohl beide Hochschulformen mit großem Engagement und Erfolg gearbeitet haben.
- Wir wenden uns gegen ein HRG, das die Studienreform verhindert und damit die Beschäftigungsprobleme der Hochschulabsolventen verschärft.

Die Hochschulen in der Bundesrepublik stecken in großen Schwierigkeiten. Aber diese Schwierigkeiten sind mit einer HRG-Novelle nicht zu lösen und schon gar nicht mit dieser. Deshalb brauchen und wollen wir das HRG der Wende-Regierung nicht.

- Was wir brauchen ist eine ordentliche Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten, um Chancengleichheit wiederherzustellen und um auch Arbeiterkindern wieder ein Studium zu ermöglichen.
- Wir brauchen eine neue Anstrengung der Bundesregierung, um akzeptable Studienbedingungen für alle Studenten zu sichern.
- Wir brauchen eine berufliche Perspektive für den wissenschaftlichen Nachwuchs, und zwar auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften.
- Wir brauchen energische Schritte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, um auch den Akademikern Beschäftigungsmöglichkeiten zu sichern.



- Wir brauchen die Öffnung von Forschung und Lehre in allen Disziplinen für aktuelle gesellschaftspolitische Fragestellungen.
- Wir brauchen eine Wissenschaft, die sich stärker als bisher mit Fragen der sozialen Steuerung technischer Entwicklungen, mit der Umweltverträglichkeit der Güterproduktion, mit den Folgen der wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen für das Nord-Süd-Verhältnis beschäftigt.
- Wir brauchen eine Hochschule, die in Forschung und Lehre daran arbeitet, wie auf Dauer Frieden und Gerechtigkeit gesichert werden können.
- Wir brauchen eine Wissenschaft, die mit Kommunen, Bürgerinitiativen und anderen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen und vor allem mit den Gewerkschaften zusammenarbeitet.
- Und schließlich, aber nicht zuletzt: Wir brauchen eine starke verfaßte Studentenschaft in allen Bundesländern, die wirksam die bildungs- und gesellschaftspolitischen Interessen der Studenten vertreten kann.

Die Studenten sollten sich aber mit der Demonstration in Bonn nicht zufrieden geben. Jetzt wird es darauf ankommen, daß auch vor Ort weitergearbeitet wird. Das Thema der demokratischen Erneuerung der Hochschulen muß jetzt zum Thema in den Hochschulen werden. Studenten sollten gemeinsam mit kritischen Wissenschaftlern und anderen Hochschulmitarbeitern kritische Universitäten oder Gegenuniversitäten veranstalten. Studenten könnten die Hochschulen für die Probleme von Arbeitnehmern und für die Gewerkschaften öffnen. Studenten sollten die Friedensbewegung, die Ökologiebewegung, die Dritte-Welt-Bewegung und die Frauenbewegung in die Hochschulen holen. Auch nach der Verabschiedung der HRG-Novelle können Studenten dazu beitragen, daß wir eine andere Hochschule bekommen. Wenn die Studenten solidarisch sind, sind sie stärker als die Paritäten.

Wenn das HRG in der vorliegenden Form dennoch im Bundesgesetzblatt stehen sollte, wird die SPD alles tun, um die Entscheidung rückgängig zu machen. Da gibt es schließlich 1987 eine Bundestagswahl. Und in den SPD-regierten Ländern werden wir dafür sorgen, daß der Schaden aus der HRG-Novelle möglichst gering gehalten wird.

(-/21.6.1985/va/ks)

+ + +



Wer profitiert von einer Getreidepreissenkung?

Veredelungsbetriebe würden von einer Senkung Nutzen haben

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdEP

Mit ihrem Veto gegen die von der EG-Kommission vorgeschlagene Getreidepreissenkung hat die Bundesregierung unser Ansehen bei den Nachbarn auf den Nullpunkt gebracht und die geplante EG-Reform in Frage gestellt. Es besteht die Gefahr, daß die Reformvorschläge keine Chance mehr haben, weil die Bundesregierung, die immer für das Mehrheitsstimmrecht im EG-Ministerrat plädierte, jetzt selbst zur Praxis des Veto griff.

Mit ihrer Handlungsweise hat die Bundesregierung ihre EG-Partner verprellt. Bonn hat das Verhalten von Landwirtschaftsminister Kiechle auch aus parteitaktischen Erwägungen in Hinblick auf CSU-Chef Strauß und die bayerischen Wähler gebilligt. Die Vorteile der EG für die Bundesrepublik werden vorsätzlich aufs Spiel gesetzt, denn die EG sichert durch ihren großen Markt zahllose Arbeitsplätze in der deutschen Industrie.

Niemand kann ernsthaft behaupten, die vorgeschlagene Getreidepreissenkung verletze vitale deutsche Interessen: Die Getreideproduktion macht nämlich gerade neun Prozent der deutschen Landwirtschaftsproduktion aus. Die Produktionszweige, die von einer Preissenkung profitieren würden, die Rinder-, Kälber-, Schweine- und Geflügelerzeugung umfassen dagegen 37,4 Prozent.

Die Getreidebauern sind mit 35.924 Mark Einkommen pro Familie und Jahr in der Vergangenheit immer noch die Landwirte mit dem höchsten Jahreseinkommen gewesen. Andere Betriebe erzielten dagegen nur ein Durchschnittseinkommen von 24.682 Mark. Die Veredelungsbetriebe, die von einer Getreidepreissenkung den größten Nutzen haben würden, erwirtschafteten sogar nur 17.903 Mark.

Kiechles Veto liegt also noch nicht einmal im Interesse der Mehrheit der in der Landwirtschaft tätigen Menschen. Es richtet sich auch gegen die Fortentwicklung der europäischen Agrarpolitik, denn die Europäische Gemeinschaft kann notwendige Absatzchancen auf dem Weltmarkt nur dann sichern, wenn die EG-Getreidepreise den Weltmarktpreisen stärker angenähert würden. (-/21.6.1985/va/fr)

+ + +



Auf der "Elefantensitzung" wurde das Imperative Mandat eingeführt

In der innen- und Rechtspolitik erhielten Koalitions-Abgeordnete einen Nasenring

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Bei CDU, CSU und FDP ist im Zuge der Wendepolitik nunmehr offenbar das imperative Mandat eingeführt.

Wie anders kann man den „Beschuß“ der Parteivorsitzenden vom 13. Juni 1985 für die Rechts- und Innenpolitik verstehen? Ungeniert ordnen diese drei Parteivorsitzenden an, was die ihren Parteien angehörenden Bundestagsabgeordneten zu beschließen haben. Angewiesen werden die Abgeordneten überdies, wann bestimmte Vorhaben im Bundestag zu verabschieden sind.

Zwei bezeichnende Zitate aus diesem bemerkenswerten Beschuß der Vorsitzenden von CDU, CSU und FDP:

1. Die innen- und rechtspolitischen Fachleute der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion sollen bestimmte Gesetzgebungsvorhaben „so vorantreiben, daß die Parteivorsitzenden im Oktober die eventuell noch offengebliebenen politischen Punkte entscheiden können“.
2. Aus Beamten bestehende Arbeitsgruppen des Innen- und des Justizministeriums sollen eingesetzt werden, um den Koalitionsabgeordneten mit dem Ziel zuzuarbeiten, „die von den Parteivorsitzenden vorgegebenen inhaltlichen und zeitlichen Vorstellungen einzuhalten“.

Fürwahr ein in der Geschichte der parlamentarischen Demokratien wohl einmaliger Beschuß. So dreist haben Parteivorsitzende noch nie die gerade von CDU, CSU und FDP viel beschworene Freiheit der Abgeordneten mißachtet. So selbstherrlich ist von Parteivorsitzenden noch nie Kommandogewalt über freigewählte Abgeordnete öffentlich in Anspruch genommen worden.

Natürlich werden die Herren Parteivorsitzenden und ihre Claqueure erwidern, das sei alles gar nicht so gemeint. In Wahrheit handele es sich um unverbindliche Empfehlungen, durch die die Freiheit der Abgeordneten nicht tangiert werde.

Der Wortlaut des „Beschlusses“ beweist das Gegenteil. Das Verhalten der Koalitionsabgeordneten noch mehr: In der Rechtsausschuß-Sitzung am 19. Juni 1985 erklärten die Koalitionsabgeordneten die neuen Straf- und Verwaltungsvorschriften über passive Bewaffnung (nunmehr noch irreführender mit „Schutzwaffen“ bezeichnet) und „Vermummung“ seien noch vor der Sommerpause zu verabschieden. Alle Notwendigkeiten eines geordneten parlamentarischen Verfahrens werden offenbar über Bord geworfen. Von der Mehrheit soll aus Angst vor dem Sommerloch rücksichtslos Gebrauch gemacht werden.

(-/21.6.1985/va/fr)

+ + +



Unsere Forderung steht:

Chancengleichheit für betriebstätige Arbeitnehmer in der Politik verwirklichen

Von Walter Edenhofer

Leiter des Referats für Arbeitnehmerfragen/Betriebsorganisation beim SPD-Parteivorstand

Mit dem Beschluß des Bundesparteitags München zur politischen Betriebsarbeit der SPD und damit über die Rolle der Arbeitnehmer in Politik und Gesellschaft ist diese Forderung auf die politische Tagesordnung der SPD gekommen, nachdem die AfA festgestellt hatte, daß sich die Strukturveränderungen in Gesellschaft und Partei negativ auf die Möglichkeiten für betriebstätige Arbeitnehmer ausgewirkt haben, an politischen Entscheidungen in Partei und Parlamenten beteiligt zu werden. Dabei ging und geht es den sozialdemokratischen Arbeitnehmern nicht darum, privilegiert zu werden oder Sonderrechte zu erhalten. Es geht ausschließlich um die berechtigte Frage, wie die von sozialdemokratischen Betriebsgruppen, Gewerkschaftern, Betriebs- und Personalräten geleistete betriebliche Vertrauensarbeit, die nicht erst nach Feierabend, sondern schon mit der Frühschicht beginnt, von der Partei anerkannt und sie in der politischen Willensbildung berücksichtigt wird.

Der Forderung der sozialdemokratischen Arbeitnehmer nach einer Gleichstellung der politischen Betriebsarbeit mit der Vertrauensarbeit im Ortsverein haben die Delegierten des Münchner Parteitags entsprochen und in dem Parteitagsbeschluß Beispiele aufgezeigt, wie Chancengleichheit für die betriebstätigen Arbeitnehmer bei der Teilnahme an der politischen Willensbildung schrittweise verwirklicht werden kann. Seit dem Münchner Parteitag und der Aufforderung an die Gliederungen der Partei, den Parteitagsbeschluß in praktische Parteiarbeit umzusetzen, sind nunmehr drei Jahre vergangen.

Die vorliegenden Erfahrungsberichte zeigen unterschiedliche Ergebnisse:

Erste sichtbare Schritte sind darin zu sehen, daß seit 1982 Betriebs- und Personalräte regelmäßig zu Parteitagen mit Rederecht eingeladen werden. Das trägt dazu bei, die Beziehungen zwischen Partei und Betrieb enger zu gestalten. Allerdings kann dies kein Ersatz für echte Mitbestimmung sein. Fortschritte gibt es auch bei der Durchführung von Betriebsgruppenkonferenzen vor Unterbezirksparteitagen. Außerdem ist es seit dem Parteitag von München in einer Reihe von Bezirken zur Gründung neuer Betriebsgruppen, auch von Branchen- und Standortbetriebsgruppen, und einer gewissen Belebung der Betriebsarbeit gekommen. Wesentliche Impulse sind von zahlreichen Seminaren zur politischen Betriebsarbeit ausgegangen. Von einem durchschlagenden Erfolg kann danach noch keine Rede sein.



Am konsequentesten wurde vom SPD-Bezirk Rheinland/Hessen-Nassau gehandelt. Zur Verstärkung der Vertrauensarbeit im Arbeitnehmerbereich wurde vom SPD-Bezirksparteitag eine Beschlussempfehlung für die Unterbezirke angenommen mit dem Ziel, die Satzungen in den Unterbezirken so zu ändern, daß die Zahl der ordentlichen, in den Ortsvereinen zu wählenden Delegierten für Unterbezirksparteitage um zehn Prozent erhöht wird. Die sich daraus ergebende Mehrzahl an Delegierten werden auf einer Betriebsgruppenkonferenz gewählt und haben gleiches Stimmrecht wie die anderen Delegierten. Diese Regelung wurde im Unterbezirk Koblenz auf dem Unterbezirksparteitag im April erstmals durchgeführt. Inzwischen haben dies auch andere Unterbezirke in diesem Bezirk beschlossen. Auch im SPD-Bezirk Südbayern sowie vom Kreisverband Kiel wurden Initiativen gestartet mit dem Ziel, den Betriebsgruppen ein Delegationsrecht für Unterbezirksparteitage und ein Antragsrecht zu geben.

Anstrengungen regionaler Partei- und AfA-Gliederungen, Beziehungen zwischen Partei und Arbeitnehmerschaft durch konkrete Schritte enger zu gestalten verdienen Anerkennung und Unterstützung. Politik muß mehr sein als eine Art Statutenverwaltung, die sich immer mehr bürokratisiert, statt soziale Bewegung zu sein und Strukturen so zu gestalten, daß sie der sozialen Wirklichkeit entsprechen. Dazu gehört zweifellos auch, den Anteil berufstätiger Frauen in der AfA- und Betriebsarbeit zu erhöhen und damit auch einen Beitrag zur Gleichberechtigung von Frauen in der Politik zu leisten.

Für die weitere Diskussion ist auch von Interesse, wie andere sozialistische Parteien die politische Arbeit in Betrieben organisationspolitisch geregelt haben: In der Parti Socialiste Frankreichs (P.S.) stehen die Betriebssektionen gleichberechtigt neben den Lokal- und Universitätssektionen, entsenden ihre Delegierten zu den Nationalkongressen der Partei und sind entsprechend ihrer politischen Bedeutung in der Parteizentrale mit einer eigenen Abteilung gleichberechtigt neben anderen Abteilungen vertreten.

Die AfA hat den Beschluß des Bundesparteitags München als einen ersten Schritt bezeichnet, um die wechselseitigen Wirkungen zwischen Arbeitnehmerschaft und Politik zu verstärken. Sollte sich in den nächsten Jahren zeigen, daß von diesem Beschluß keine ausreichenden Wirkungen ausgehen, wird über weitergehende Schritte zu diskutieren sein. Dabei sollte für die Partei gelten, was Willy Brandt auf der organisationspolitischen Konferenz der SPD am 6./7. April 1984 zur politischen Betriebsarbeit in Köln erklärte: "Ohne eine intakte Verankerung in der Arbeitswelt über die Betriebsgruppen kommt die SPD keinesfalls aus. Dabei kommt es nicht allein darauf an, Auffassungen der Partei in die Betriebe zu tragen. Wichtiger noch: Die Arbeitnehmer müssen sich mit ihren Problemen zu jeder Zeit in der Politik der SPD wiedererkennen."

(-/21.6.1985/va/ks)

+ + +

